

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 50/81

Berlin

11. Dezember 1981

48. Jahrgang

Wohneigentum und Verteilung des privaten Grundvermögens

Motive der Eigentumsförderung

Für den Bau von Wohngebäuden — ob zum Zwecke der Eigennutzung oder der Vermietung — werden seit Bestehen der Bundesrepublik steuerliche Vergünstigungen und zum Teil hohe direkte Subventionen gewährt mit dem Ziel, eine angemessene Wohnungsverorgung der Bevölkerung zu erreichen.

Dabei hatte die Förderung des eigengenutzten Wohnraums stets einen besonderen Stellenwert. Die speziellen steuerlichen Absetzungsmöglichkeiten für diesen Teil des Wohnungsbaus werden nicht nur als Bauförderung, sondern als Instrument zur Vermögensbildung breiter Schichten der Bevölkerung verstanden¹. Auch die steuerliche Normalbegünstigung für Wohnbauten — neben der degressiven Gebäudeabschreibung vor allem Absetzungen für die Erhaltung und die weitgehende Steuerfreiheit der Veräußerungsgewinne — kann größtenteils der Eigentumsförderung zugerechnet werden, wenn man diese im weiteren Sinne als Akkumulation von Grundvermögen durch private Haushalte versteht. So waren — dem Ergebnis der 1%-Wohnungsstichprobe von 1978 zufolge — zwei Drittel aller Mehrfamilienhäuser Eigentum von Einzelpersonen, Ehepaaren, Erbengemeinschaften oder anderen Personengemeinschaften². Von der Gesamtzahl aller Wohngebäude befanden sich 91 vH, von der Gesamtzahl der Wohnungen 78 vH im Privatbesitz³.

Der Eigentumsförderung liegen im wesentlichen drei Leitmotive zugrunde, die auch Maßstäbe für die Beurteilung abgeben:

- Sie dient einmal der Mobilisierung von privatem Kapital für den Wohnungsbau, zum anderen ist der Erwerb von Haus- und Grundbesitz zur Eigennutzung die wirksamste Form der *Privatinitiative am Wohnungsmarkt* und wird schon deshalb besonders gefördert. Da gleichzeitig der Mietwohnungssektor entlastet wird, wird hier jede Art der Förderung dem globalen Versorgungsziel gerecht. Auch beim Mietwohnungsbau wird die Bereitstellung von Privatkapital als vordringlich angesehen, weil so der Einsatz öffentlicher Mittel für die Wohnungsbauförderung niedriger gehalten werden kann.
- Die Konzentration der öffentlichen Hilfen auf die Eigentumsbildung seit 1976 und die gleichzeitige

¹ Für den direkten Einsatz öffentlicher Förderungsmittel wurde schon 1956 ein Vorrang des Neubaus von Familienheimen und Eigentumswohnungen vor dem Neubau anderer Wohnungen (Mietwohnungen) postuliert. 1976 wurde in der Neufassung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes festgelegt, daß nunmehr die Bildung von Einzeleigentum bei der Förderung überwiegen solle.

² Z. B. Eigentümergemeinschaften nach dem Wohnungseigentumsgesetz.

³ Dieser Unterschied ergibt sich daraus, daß Ein- und Zweifamilienhäuser fast immer Privateigentümern gehören, von den Mehrfamilienhäusern waren dagegen ein Drittel Besitz von Wohnungsunternehmen.

Ausdehnung der Abschreibungsvergünstigungen nach § 7b EStG auf Altbauten sind vor allem damit begründet worden, daß eine *breitere Streuung des Haus- und Grundvermögens* erreicht werden soll⁴.

- Schließlich ist das *Familienheim* in den Wohnungsbau-gesetzen stets als *ideale Wohnform* gesehen worden. Es soll darauf hingewirkt werden, daß möglichst viele junge Familien ausreichend große Wohnungen mit Garten⁵ beziehen und erwerben können.

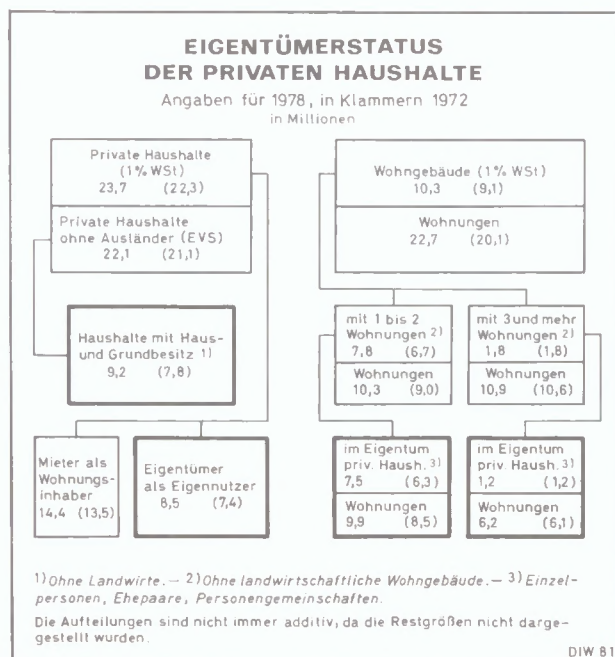
Die Begründung der Eigentumsförderung stellt also auf ordnungs-, verteilungs- und familienpolitische Aspekte ab. Die gegenwärtige Ausgestaltung der Förderung ist allerdings wegen der mangelhaften Orientierung an regionalen und gruppenspezifischen Versorgungsproblemen kritisiert worden; härtere Kritik ist wegen der negativen Transferwirkungen erhoben worden. Es stellt sich also die Frage, ob die Förderung der Eigentumsbildung weiterhin eigenständiges Ziel sein sollte⁶.

Unabhängig davon muß geprüft werden, inwieweit eine beschleunigte Ausbreitung des Eigentums und eine breitere Streuung des Haus- und Grundvermögens erreicht werden. Empirische Anhaltspunkte deuten auf beachtliche Erfolge hin. Diese resultieren aber eher aus längerfristigen Effekten.

Zur Entwicklung der Wohneigentumsquote

Überwiegend wird indes die Meinung vertreten, daß in der Bundesrepublik — werden internationale Maßstäbe angelegt — das Ziel, die unabhängige Eigentümerschicht zu vergrößern, bisher nur ungenügend realisiert worden sei. Dabei wird als globale Meßziffer für den Erfolg der Eigentumsförderung zumeist die Wohneigentumsquote herangezogen⁷. Ein derartiger statistischer Vergleich mit Nachbarländern bereitet indes Probleme, weil die Kriegsschäden in der Bundesrepublik sehr viel größer waren und erst nach 15 Jahren Bautätigkeit annähernd beseitigt werden konnten. Obgleich bis Ende 1979 mehr als 5 Mill. Eigenheime (Ein- und Zweifamilienhäuser) errichtet worden sind, schlug sich dies in der Wohneigentumsquote lange Zeit kaum nieder, weil zugleich der Mietwohnungsbau zügig vorangetrieben worden ist.

1950 standen für über 16 Mill. Haushalte weniger als 11 Mill. Wohnungen (einschließlich Notwohnungen und Unterkünfte) zur Verfügung, so daß sich häufig zwei oder mehr Wohnparteien eine Wohnung teilen mußten. Da der Eigenheimbestand von den Kriegseinwirkungen weniger betroffen war als der Geschoßwohnungsbau in den Zentren der Groß-



städte, nimmt es nicht wunder, daß die Wohneigentumsquote — gemessen als Anteil aller Wohnungen, die von ihrem Eigentümer selbst bewohnt werden, am gesamten Wohnungsbestand — damals mit 39 vH noch höher war als heute. Infolge der Forcierung des Mietwohnungsneubaus nahm sie bis Anfang der sechziger Jahre ab und stieg dann nur langsam; bis 1978 konnte trotz des zwischenzeitlichen Einbruchs im Mietwohnungsbau nur ein Anstieg auf 37,5 vH erreicht werden.

Man erhält indes ein sehr viel aussagefähigeres Bild, wenn man die Eigentumsbildung auf die Gesamtzahl der *Haushalte* bezieht: Während 1950 nur 24 vH aller Haushalte ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung nutzten, war es Mitte der sechziger Jahre bereits ein Drittel. Bis 1978 hat sich die Quote auf 36 vH erhöht, obwohl gerade im letzten Jahrzehnt die Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte außerordentlich gestiegen ist. Der Bestand an

⁴ Vgl. hierzu den Bericht des Bundestagsausschusses zu verschiedenen Gesetzesinitiativen, die Eigentumsbildung im Sozialen Wohnungsbau betreffend (Bundestagsdrucksache 7/3314, S. 7), und den 7b-Bericht der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 8/2254).

⁵ Vgl. hierzu die gesetzliche Definition des Begriffs Familienheim.

⁶ Vgl. Keine Neuorientierung der Wohnungsbauförderung? Bearb.: B. Bartholmai. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/1980; und: R. Ulbrich und B. Bartholmai: Staatliche Subventionen im Wohnungsbau. In: Abschwächung der Wachstumsimpulse — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1980 des DIW, Materialband 2. Berlin 1981.

⁷ Zur Entwicklung der Eigentumsquote im internationalen Vergleich siehe J. Köster, J. Mezler: Wohneigentumsquote. In: Schriftenreihe Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik des BMRBS, Heft 07.005. Koblenz 1979.

Wohnungsbestand und Eigentümerquote seit 1950

Wohnungen	Wohnungsbestand		Wohn- par- teilen	Haus- halte	Eigen- tümer- quote 2)
	Insgesamt	Eigen- tümer- wohnungen			
	in 1000				
			1950 ¹⁾		
Normalwohnungen	10 083	3 941	15 534	16 366	a) 39,1
Notwohnungen	600	.	693		b) 24,1
Unterkünfte			139		
			1956 ¹⁾		
Normalwohnungen	13 484	4 689	16 928	17 577	a) 34,8
Notwohnungen	516	.	567		b) 26,7
Unterkünfte			82		
			1961		
Wohnungen	16 407	5 551	18 906	19 295	a) 33,8
Wohngelegheiten	479	.	389		b) 28,8
			1965		
Wohnungen	18 021			20 258	
bewohnte Wohnungen	17 814	6 203	19 587		a) 34,8
bewohnte Wohngelegheiten	630	134	671		b) 31,3
			1968		
Wohnungen	19 657			20 849	
bewohnte Wohnungen	19 330	7 029	20 226		a) 36,4
bewohnte Wohngelegheiten	563	59	623		b) 34,0
			1972		
Wohnungen	20 949			22 264	
bewohnte Wohnungen	20 633	7 389	21 780		a) 35,8
sonst. bewohnte Wohneinheiten	432	73	484		b) 33,5
			1978		
Wohnungen	23 361			23 771	
bewohnte Wohnungen	22 676	8 494	23 307		a) 37,5
sonst. bewohnte Wohneinheiten	457	56	464		b) 36,0

1) Ohne Saarland, - übrige Stichjahre: Bundesgebiet einschließlich Saarland und Berlin (West).

2) a) bezogen auf (bewohnte) Wohnungen, b) bezogen auf Haushalte.

Quelle: Gebäude- und Wohnungszählungen (1950, 1961 und 1968) und Wohnungsstichproben (1956, 1965, 1972 und 1978).

1) Ohne Saarland, - übrige Stichjahre: Bundesgebiet einschließlich Saarland und Berlin (West).
2) a) bezogen auf (bewohnte) Wohnungen, b) bezogen auf Haushalte.
Quelle: Gebäude- und Wohnungszählungen (1950, 1961 und 1968) und Wohnungsstichproben (1956, 1965, 1972 und 1978).

Eigentümerwohnungen hat sich in den sechs Jahren von 1972 bis 1978 um 1,1 Mill. erhöht. Gegenüber der davorliegenden Zeit hat sich die Zunahme dabei beschleunigt. Da die Ausdehnung der Sonderabschreibungen nach § 7b auf Altbauten erst 1977 wirksam geworden ist, dürfte sich der Anstieg seither nochmals erheblich vergrößert haben. Bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wird die Eigentümerquote auch dadurch beeinflusst, daß sich der Bestand an Mietwohnungen verringert.

Wohneigentum und Lebensalter

Querschnittserhebungen zeigen, daß sowohl der Anteil der Haushalte, die Wohneigentum selbst nutzen, als auch die im Durchschnitt beanspruchte Wohnungsgröße mit der Altersstruktur der Haushalte variieren. Erwerb und Veräußerung von Wohneigentum — bzw. der Verzicht auf Eigennutzung durch Vermietung — werden also von den sich im Lebenszyklus verändernden Wohnansprüchen beeinflusst.

Das Ergebnis der Wohnungsstichprobe 1978 zeigt, daß der Anteil der Eigentümer-Haushalte über die Altersklassen steil ansteigt und mit 50 vH bei den 50- bis 60-jährigen ein Maximum erreicht, dann aber wieder merklich zurückfällt. Bei den über 65-jährigen

liegt die Quote nur wenig unter dem Durchschnitt für alle Wohnungsinhaber in Gebäuden.

Da die Wohnungsversorgung der Haushalte in Eigentümerwohnungen flächen- und ausstattungs- mäßig weit besser ist⁸ als in Mietwohnungen⁹, ist es erfreulich, daß Haushalte mit Kindern in überdurchschnittlichem Umfang über Wohnungseigentum verfügen. 1978 waren es 44 vH aller vollständigen Familien mit Kindern. Allerdings muß hervorgehoben werden, daß die meisten Eltern beim Erstbezug das mittlere Lebensalter schon überschritten hatten; deren Kinder standen dann bald an der Schwelle zum Beruf. Haushaltsvorstände im Alter von unter 30 Jahren verfügten 1978 dagegen nur zu einem geringen Teil über Wohnungseigentum.

Daten zur Wohnungsversorgung junger Familien sind in den Wohnungsstichproben von 1972 und 1978 gesondert erhoben worden. Sie belegen ebenfalls, daß die Möglichkeit, Eigentum zu bilden, in jungen Jahren gering ist: Von 2 Mill. Ehepaaren mit Eheschließung im Zeitraum 1972 bis 1978 waren über 80 vH in den ersten Jahren auf eine Mietwohnung angewiesen. Ein fast gleichlautendes Ergebnis hatte schon die vorherige Stichprobe (Ehepaare mit Eheschließung von 1962 an) erbracht¹⁰. Junge Familien sind also nur selten in der Lage, die hohen Anfangsbelastungen zu tragen, die mit dem Eigentumserwerb verbunden sind. Dieser Befund wird auch durch Statistiken der Kreditwirtschaft gestützt, denen zufolge der Zeitpunkt des Ersterwerbs von Wohnungseigentum zumeist erst im Alter von über 40 Jahren erreicht wird, wobei neben die eigene Ansparleistung teilweise Erbschaften und Schenkungen treten.

Daß die Eigentümerquote in den oberen Altersklassen (von 60 Jahren an) wieder sinkt, mag sich zum Teil dadurch erklären, daß diese Generation in den Nachkriegsjahren nur geringe Chancen zur Eigentumbildung hatte. Offenbar wechseln aber auch viele Haushalte mit zunehmendem Alter in Mietwohnungen über, vermieten oder verkaufen ihre Eigentumswohnung oder überlassen sie Verwandten. Diese Hypothesen werden durch zwei Befunde der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe gestützt¹¹:

— Der Anteil der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz variiert in ähnlicher Weise mit dem Lebensalter wie der der Eigennutzer, wobei

⁸ Vgl. R. Ulbrich und B. Bartholmai, a.a.O., S. 387 ff.

⁹ Beim Vergleich dieser Durchschnittswerte sollte allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß ein Teil der Mietwohnungen auch Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern sind.

¹⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): 1 %-Wohnungsstichprobe 1972. Heft 6: Wohnsituation der Familien, S. 18 f.

¹¹ Vgl. M. Euler: Privates Grundvermögen Ende 1978 — Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1981, S. 392 und S. 398 f.

- die Quote derjenigen Eigentümer, die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung erzielen, mit zunehmendem Lebensalter steigt. Bei den Älteren (über 65 Jahre) war sie mit 39 vH doppelt so hoch wie bei den 25- bis 35-jährigen.

Gleichzeitig kann gefolgert werden, daß der Erwerb von Grundstücken und Gebäuden aus dem Kapitalanlage-Motiv mit zunehmendem Lebensalter gegenüber dem Motiv der Eigennutzung an Bedeutung gewinnt.

Bessere Startbedingungen für junge Haushalte?

Infolge der über lange Zeit gestiegenen Kaufkraft breiter Schichten und der staatlichen Eigentumsförderung ist das private Haus- und Grundvermögen stark gewachsen. Zu fragen ist, welcher Stellenwert dem Generationenwechsel und damit dem Eigentumsübergang durch Erbschaften und Schenkungen bei der Ausbreitung des Wohneigentums in der jüngeren Generation beizumessen ist.

Die Altersstruktur der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz hat sich von 1973 bis 1978 erheblich verändert. Allerdings wird die Richtung dieses Wandels erst deutlich, wenn man die Altersstruktur des Jahres 1973 hypothetisch auf das Jahr 1978 überträgt¹² und dieses Ergebnis mit dem der Stichprobe von 1978 vergleicht. Dann zeigt sich, daß die Zahl der Haus- und Grundbesitzer in den beiden Altersklassen von 25 bis 35 und von 35 bis 45 Jahren mit 63 vH überproportional zum Gesamtdurchschnitt (15 vH) gestiegen ist. Dagegen ist in der höchsten Altersklasse (65 Jahre und älter) — anstelle einer Zunahme — ein Rückgang um 12 vH (300 000 Haushalte) zu verzeichnen. Dieser Rückgang bei den älteren Haushalten¹³ ist nur dadurch zu erklären, daß in dieser Altersklasse Erbfälle und Veräußerungen gegenüber Neuerwerbungen bei weitem überwiegen. Daraus ist zu folgern, daß der Eigentumszuwachs bei den jüngeren Haushalten nur zum Teil Vermögensbildung aus eigenem Einkommen gewesen sein dürfte.

Dieser Befund darf indes nicht überbewertet werden, denn die Vermögensmasse, die in diesem Fünfjahreszeitraum an die Nachfolgegeneration umverteilt wurde, ist im Verhältnis zum Gesamtvermögen gering (schätzungsweise 10 vH); außerdem haben sich die Vermögensbestände der älteren Generation gleichzeitig durch Erwerb erhöht. 1978 verfügten die Grundeigentümerhaushalte im Alter von unter 35 Jahren über 9 vH des Gesamtvermögens, die 35- bis 45-jährigen über 28 vH; bei den älteren Haushalten betrug der Anteil 63 vH. Dabei stimmen Vermögensanteile und Altersstruktur der Haushalte weitgehend überein. Auch gegenüber 1973 hat sich

Eigentümerquote und Wohnungsversorgung in Abhängigkeit vom Lebensalter der Haushalte

Haushalte mit einem Haus- haltsvorstand von ... bis unter ... Jahren	Einfamilienhaushalte ¹⁾ als Wohnungsinhaber ²⁾					
	Insgesamt in 1000	Ø Wohn- fläche m ²	Haupt- mieter in 1000	Ø Wohn- fläche m ²	Eigen- tümer in 1000	Ø Wohn- fläche m ²
unter 25	407	68	382	66	25	95
25 - 30	1220	78	1022	72	198	106
30 - 40	3666	89	2444	78	1222	113
40 - 50	3806	94	1998	77	1808	113
50 - 60	3281	88	1641	71	1640	106
60 - 65	1406	78	793	65	613	96
65 und älter	5487	67	3606	58	1881	83
Haushalte insgesamt	19273	82	11886	69	7387	103
Darunter:						
Ehepaare mit Eheschließung 1972 u.später	2024	79	1634	74	390	99
ohne Kinder	936	76	766	71	170	96
mit Kindern	1088	82	868	77	220	101
Eigentümerquote vH						
						6,1
						16,2
						33,3
						47,5
						50,0
						43,6
						34,3
						38,3
						19,3
						18,2
						20,2

1) Ehepaare, Ehepaare mit Kindern und Alleinstehende mit Kindern;
ohne Einzelpersonen als Wohnungsinhaber.
2) In Gebäuden und Unterkünften.

Quelle: Ergebnis der 1%-Wohnungsstichprobe 1978.

die Vermögensstruktur nach Lebensaltersklassen der Grundeigentümer per Saldo wenig verändert.

Eine spezielle Erhebung im Rahmen der Wohnungsstichprobe zum Eigentumsübergang von Wohngebäuden zeigt ebenfalls, daß sich die Erbschaftsfälle mehren. Die Jahresdurchschnittswerte für die angegebenen Perioden weisen sogar auf einen starken Anstieg seit Ende der sechziger Jahre hin; im Zeitraum 1972 bis 1978 waren es — bei steigender Tendenz — durchschnittlich jährlich 86 000 Gebäude, die durch Erbschaft oder Schenkung den Eigentümer wechselten. Deutlich wird auch, daß bei etwa 20 vH dieser Gebäude keine Wohnung von den neuen Eigentümern selbst genutzt wird. Möglicherweise werden die Erträge aus Vermietung oder einem späteren Verkauf zum Eigentumserwerb andernorts eingesetzt. Die Verkäufe von Gebäuden sind seit 1970 noch stärker gestiegen als die Zahl der Vererbungen; 1977/78 war das Volumen etwa gleich. Auch wenn das Motiv der Käufer offenbar überwiegend die Eigennutzung war, so hat doch der Anteil reiner Kapitalanlagen zuletzt auf über ein Drittel zugenommen.

¹² Alle Haushaltsvorstände wären inzwischen um 5 Jahre älter, so daß z. B. die Klasse der 25- bis 35-jährigen der der 30- bis 40-jährigen gleichzusetzen wäre und so fort.

¹³ Die Zahl der Haushalte in der obersten Altersklasse der Erhebung von 1973 ist natürlich nur fiktiv auf 1978 übertragbar, da in dem Fünfjahreszeitraum zahlreiche Sterbefälle eingetreten sind.

Private Haushalte mit Haus- und Grundbesitz nach Altersklassen 1973 und 1978

Alter des Haushaltsvorstandes von ... bis unter ... Jahre	Ergebnis der Stichprobe 1973			...fortge- schrieben bis 1978 Anzahl ¹⁾ in 1000	Ergebnis der Stichprobe 1978			Veränderung 1973-1978 Sp.(6) in vH von Sp. (4)
	Haushalte insgesamt in 1000	Haus- u.Grundbesitzer Anzahl in 1000	Anteil in vH		Haushalte insgesamt in 1000	Haus- u.Grundbesitzer Anzahl in 1000	Anteil in vH	
	(1)	(2)	(3)		(4) aus Spalte (2)	(5)	(6)	
unter 25	462	(32)	(7)	(16)	414	(28)	(7)	/
25 - 35	3 599	1 025	29	529	2 835	863	30	(+ 63)
35 - 45	4 119	1 939	47	1 482	4 509	2 419	54	+ 63
45 - 55	3 937	2 056	52	1 997	3 804	2 181	57	+ 9
55 - 65	3 758	1 613	43	1 834	3 809	1 925	51	+ 5
65 und mehr	5 267	1 687	32	2 493	6 684	2 191	33	(- 12)
Insgesamt	21 141	8 351	40	8 351	22 055	9 607	44	+ 15

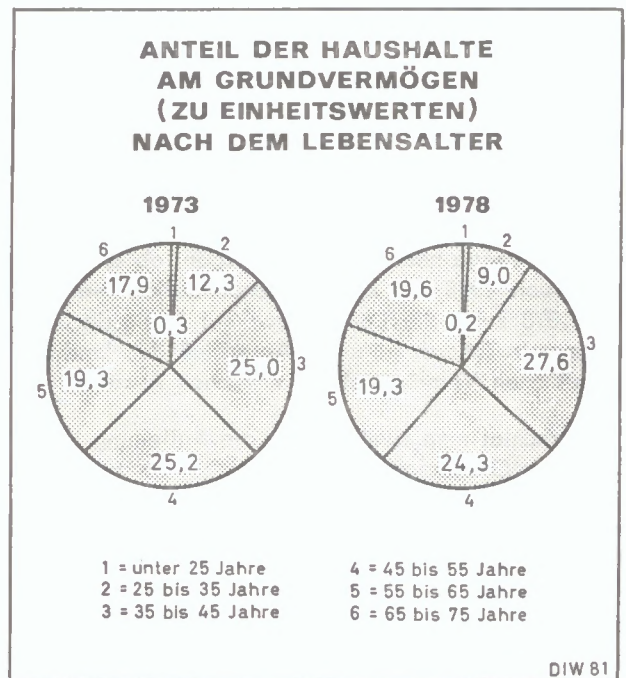
1) An die vorgegebene Altersstruktur auf den Stand von 1978 fortgeschrieben, indem jeweils 50vH der Haushalte der nächst-
höheren Altersklasse zugeschlagen worden sind (ohne Berücksichtigung von Sterbefällen).

Quelle: Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973 und 1978.

Vieles deutet darauf hin, daß sich bei der Verteilung und bei der Umschichtung des Haus- und Grundvermögens zwischen den Generationen zwei Effekte überlagern: Haushaltsmitglieder höheren Alters — besonders im Vor-Rentenalter (55- bis 65-jährige) — sind offenbar in den letzten Jahren in der Lage gewesen, Vermögen durch Bautätigkeit oder Kauf von Gebäuden zu bilden, wobei Eigennutzung als Erwerbsmotiv teilweise zurücktrat¹⁴. Gleichzeitig ist die Altersklasse der 35- bis 45-jährigen verstärkt aus Erbschaften begünstigt worden, so daß insofern auch eine breitere Streuung des Wohneigentums eingesetzt hat. Auch wenn sich diese Tendenz verstärkt, ist nicht sicher, ob davon auch jüngere Familien besonders profitierten.

Zur Verteilung des Haus- und Grundvermögens

Aussagen über die Verteilung des Haus- und Grundvermögens in Wertgrößen werden dadurch erschwert, daß in den amtlichen Statistiken nur die steuerlichen Einheitswerte nach der Festsetzung von 1964 erfaßt sind. Die Verkehrswerte der Grundstücke sind um ein Vielfaches höher als die Einheitswerte. Für Strukturanalysen wäre dies ohne Belang, wenn die Relation Verkehrswert zu Einheitswert überall gleich wäre. Die Verkehrswerte haben sich jedoch regional und nach Art der Grundstücke recht unterschiedlich entwickelt. Diese Relation nimmt nicht nur allgemein mit größerer Ferne zum Bewertungsjahr zu, sondern es kann auch eine stärkere Unterbewertung im Bereich der mittleren und größeren Einheitswerte vermutet werden¹⁵. Wenn dies zuträfe, wäre die Konzentration des Vermögens — veranschlagt zu Verkehrswerten — größer als in den hier (auf Basis der Einheitswerte) abgeleiteten



Lorenzkurven. Sowohl bei Verkehrs- als auch Einheitswerten ist die Finanzierung nicht berücksichtigt; durch Einbeziehung der Fremdfinanzierung kann sich das Bild verschieben.

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 sind von Mierheim/Wicke auf Verkehrswerte umgerechnet worden; demnach verfügten 1973 nur 20 vH der Haushalte über 80 vH des Grundver-

¹⁴ Ein Drittel der Haus- und Grundbesitzer in dieser Altersklasse erzielte 1978 Einkünfte aus Vermietung.

¹⁵ Dies läßt sich z. B. mit dem vergleichsweise stärkeren Preisanstieg für Bauland und Wohngrundstücke in Großstadregionen begründen.

Kauf und Erbschaft von Wohngebäuden

Art und Zeitraum des Eigentums- übergangs der Wohngebäude ¹⁾	Wohngebäude insgesamt in 1000	Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude im Eigentum von Einzelpersonen und Ehepaaren				
		insgesamt in 1000	in 1000 pro Jahr	... die selbst im Gebäude wohnen ²⁾		
				in 1000	in 1000 pro Jahr	Anteil ²⁾ in vH
Kauf	1 538,7	1 349,1	.	1 065,4	.	79,0
bis 1948	177,4	139,6	.	118,4	.	84,8
1949 - 1964	464,0	410,2	25,6	339,9	21,2	82,9
1965 - 1971	389,3	347,8	49,7	275,7	39,4	79,3
1972 - 1976	353,1	315,0	63,0	244,4	48,9	77,6
1977 und später	154,9	136,5	91,0	87,0	58,0	63,7
Erbschaft oder Schenkung	2 426,4	1 906,7	.	1 599,4	.	83,9
bis 1948	293,5	231,8	.	199,2	.	85,9
1949 - 1964	836,0	628,9	39,3	546,2	34,1	86,9
1965 - 1971	613,1	489,3	69,9	411,1	58,7	84,0
1972 - 1976	517,3	419,7	83,9	333,7	66,7	79,5
1977 und später	166,5	137,0	91,3	109,2	72,8	79,7

1) In der Stichprobe wurde für alle Gebäudeeigentümer der Zeitpunkt des Eigentumserwerbs erfragt. Einbezogen wurden nur Wohngebäude, die beim Eigentumsübergang älter als 2 Jahre waren (Gebäude, die nur 1 bis 2 Jahre vor dem Erwerb fertiggestellt worden sind, wurden ausgeschlossen, da der beim Neubau bedeutsame Bauträger-Markt die Fragestellung hätte verzerren können).

2) Selbstbewohnte Gebäude in vH der nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude insgesamt.

Quelle: Ergebnis der 1%-Wohnungsstichprobe 1978.

mögens¹⁶. Ohne diese Umrechnung aufgreifen zu können — denn es liegen keine Anhaltspunkte über Verkehrswertfaktoren für die neuere Zeit vor —, ist hier der Frage nachgegangen worden, ob die Erhebung von 1978 auf eine Dekonzentration hinweist. Für 1973 zeigt die Lorenzkurve auf Basis der Einheitswerte (allerdings unter Ausschluß des landwirtschaftlichen Vermögens) ein ähnliches Resultat.

Betrachtet man zunächst nur die Aufteilung innerhalb der Grundeigentümer-Haushalte, so zeigt sich bis 1978 eine Linksverschiebung der Lorenzkurve, was auf eine schwächere Konzentration hindeutet. Da aber 1973 viele Haushalte besonders niedrige Einheitswerte angegeben hatten, ist zu vermuten, daß es sich dabei häufig noch um die alten Einheitswerte von 1935 handelte¹⁷. Deshalb ist nicht auszuschließen, daß die Kurve für 1973 doch näher bei der des Jahres 1978 liegt. Betrachtet man nur die Verteilung auf die privaten Haus- und Grundbesitzer, zeigt sich, daß die Hälfte zusammen nur über etwa ein Viertel des Vermögens verfügten, während 40 vH des Vermögens auf nur 20 vH der Eigentümer entfielen¹⁸.

Bezieht man die Lorenzkurve auf die Gesamtzahl der privaten Haushalte, so ergibt sich eine Verschiebung dadurch, daß der Anteil der Grundbesitzer von 38 auf 42,5 vH gestiegen ist. Durch diesen Zuwachs der Basis ist insofern jedenfalls auch eine gleichmäßigere Verteilung des Haus- und Grundvermögens erreicht worden. Die oben angesprochenen

20 vH der Haushalte verfügen jetzt noch über 70 vH des Haus- und Grundvermögens; der Anteil hat sich also um 10 vH verringert.

Allerdings ist diese Situation noch nicht befriedigend, denn auch 1978 verfügten 80 vH aller Haushalte zusammen nur über 30 vH des Haus- und Grundvermögens (ohne betriebliche Grundstücke und ohne Haus- und Grundvermögen der Landwirte); darunter waren nur 20 vH Grundeigentümer im Sinne der Statistik¹⁹. Die übrigen Haushalte hatten entweder gar keine Grundvermögen oder verfügten nur über Teileigentum.

¹⁶ Dabei handelt es sich um Brutto-Vermögenswerte, wobei allerdings auch das landwirtschaftliche Grundvermögen einbezogen worden ist und Aufschätzungen bezüglich der Abschneidegrenzen vorgenommen worden sind. Vgl.: H. Mierheim, L. Wicke: Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1978, S. 23 ff., S. 72 und S. 77.

¹⁷ Die Richtlinien über die Neufestsetzungen hatten bei den Finanzverwaltungen erst 1972 vorgelegen, weshalb ein Teil der Eigentümer vielleicht noch keine Bescheide erhalten hatte. Vgl. hierzu auch M. Euler: Privates Grundvermögen Ende 1978, a.a.O., S. 394; und H. Mierheim, L. Wicke, a.a.O., S. 43.

¹⁸ Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß Haushalte mit besonders hohem Einkommen in der Stichprobe nicht erfaßt werden. Andererseits sind Haushalte mit Teileigentum an Grundstücken (z. B. bei nicht abgeschlossener Erbteilung) ebenfalls nicht erfaßt worden.

¹⁹ In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sind nur Volleigentümer von Wohngrundstücken oder Eigentumswohnungen erfaßt; Haushalte mit Personen, die nur Teileigentum an einem Grundstück hatten, sind aus erhebungstechnischen Gründen nicht einbezogen worden.

Private Haushalte¹⁾ mit Haus- und Grundbesitz²⁾ 1973 und 1978

Struktur des Vermögens nach Einkommensschichten

nach Haushalts- nettoeinkommen ³⁾ von ... bis unter ... DM	alle Haushalte in 1000	Haushalte mit Haus- und Grundbesitz					
			Anteil an allen Haushalten in vH	Struktur in vH	Vermögen in Einheitswerten ⁴⁾		
					Durchschnitt in 1000 DM	Gesamtvermögen Mrd.DM	Struktur in vH
<u>1 9 7 3</u>							
unter 600	2 308	468	20,3	6,0	12,4	5,8	3,0
600 - 800	1 744	415	23,8	5,3	15,2	6,3	3,3
800 - 1 000	1 927	540	28,0	7,0	18,0	9,7	5,1
1 000 - 1 200	2 773	975	35,2	12,5	18,1	17,7	9,3
1 200 - 1 500	3 147	1 187	37,7	15,3	20,9	24,8	13,0
1 500 - 1 800	2 873	1 189	41,4	15,3	22,5	26,8	14,0
1 800 - 2 500	3 558	1 658	46,6	21,3	26,3	43,5	22,7
2 500 - 15 000	2 190	1 348	61,6	17,3	41,9	56,5	29,6
Insgesamt	20 520	7 780	37,9	100	24,6	191,1	100
<u>1 9 7 8</u>							
unter 800	2 082	383	18,4	4,2	22,1	8,5	2,3
800 - 1 200	3 086	827	26,8	9,0	27,0	22,3	6,1
1 200 - 1 600	3 981	1 430	35,9	15,6	29,2	41,8	11,5
1 600 - 2 000	3 399	1 428	42,0	15,6	33,1	47,3	13,0
2 000 - 2 500	3 448	1 656	48,0	18,1	37,8	62,5	17,2
2 500 - 3 000	2 178	1 160	53,3	12,7	41,3	47,9	13,2
3 000 - 4 000	2 363	1 495	63,3	16,4	50,1	74,9	20,6
4 000 - 20 000	1 001	764	76,3	8,4	76,4	58,4	16,1
Insgesamt	21 538	9 143	42,5	100	39,8	363,5	100

1) Ohne Haushalte von Landwirten sowie ohne Haushalte von Ausländern, Privathaushalte in Anstalten und ohne Haushalte mit besonders hohem monatlichen Nettoeinkommen.
2) Ohne eigengenutzte Betriebsgrundstücke und Gebäude; ohne Haushalte, die nur Teileigentum an Grundstücken haben.
3) Monatseinkommen nach Selbsteinstufung im Grundinterview.
4) Einheitswerte nach dem Stand von 1964.

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichproben.

Da die Verteilung des Haus- und Grundvermögens stark von der Einkommensverteilung abhängt — sowohl der Anteil der Grundeigentümer als auch deren durchschnittliche Vermögenswerte steigen mit höherem Einkommen —, ist hier auch die Vermögenskonzentration nach Einkommensklassen untersucht worden. Dazu war es zunächst erforderlich, die Einkommensschichtungen für 1973 und 1978 — ausgehend von den Mittelwerten — so zu normieren, daß Intervalle entstehen, die dem durchschnittlichen Einkommenszuwachs Rechnung tragen²⁰ und über die dann auch die Zahl der Grundeigentümer und deren Vermögen verglichen werden kann.

Im Ergebnis zeigt sich eine überraschende Konstanz der Strukturen für 1973 und 1978: Sowohl die zahlenmäßige Verteilung der Grundeigentümer auf die vier Einkommensintervalle als auch deren jeweiliger Anteil am Gesamtvermögen haben sich wenig verändert.

Bemerkenswert ist, daß dabei die Zahl der Grundeigentümer in der Schicht mittleren bis höheren (Netto-)Einkommens (1978: 2 400 bis 3 300 DM) überdurchschnittlich zugenommen hat, ebenso deren Anteil am Gesamtvermögen, etwas schwächer war der Zuwachs in der oberen Einkommensschicht. Gleichzeitig wird deutlich, daß die Zahl der Eigentümer-Haushalte im unteren bis mittleren Einkommensintervall zwar ebenfalls beachtlich gestiegen ist, aber erheblich schwächer als in den beiden oberen Intervallen. Während sich die Gesamtzahl der Haushalte in diesem Fünfjahreszeitraum um 5 vH erhöhte, nahm die der Grundeigentümer sehr viel rascher, um 17,5 vH, zu.

²⁰ Für diese Projektion und die Interpolation der Verteilungen zwischen den Klassengrenzen wurden logarithmische Normalverteilungen verwendet. Da die Daten für 1973 in einem größeren Einkommensraster vorliegen, wurden nur die Strukturen für 1978 interpoliert.

Private Haushalte¹⁾ mit Haus- und Grundbesitz²⁾

1973 und 1978

Struktur des Vermögens nach Einheitswert-Klassen der Grundstücke

Einheitswerte der Grundstücke von...bis unter...DM	Haushalte mit Haus- u. Grundbesitz		Gesamtvermögen ³⁾ (Einheitswerte)	
	in 1000	Struktur in vH	in Mrd.DM	Struktur in vH
	1 9 7 3			
unter 10 000	2 526	32,5	19,0	10,0
10 000 - 20 000	2 535	32,6	43,0	22,5
20 000 - 40 000	1 674	21,5	55,0	28,8
40 000 - 60 000	519	6,7	26,0	13,6
60 000 - 80 000	235	3,0	16,5	8,6
80 000 - 100 000	105	1,3	9,5	5,0
100 000 und mehr	186	2,4	22,0	11,5
Insgesamt	7 780	100	191,0	100
	1 9 7 8			
unter 10 000	1 057	11,6	8,5	2,3
10 000 - 20 000	1 854	20,3	31,5	8,7
20 000 - 40 000	3 054	33,4	101,0	27,7
40 000 - 60 000	1 702	18,6	85,0	23,4
60 000 und mehr ⁴⁾	1 476	16,1	137,5	37,9
Insgesamt	9 143	100	363,5	100

1) Ohne Haushalte von Landwirten sowie ohne Haushalte von Ausländern, Privathaushalte in Anstalten und ohne Haushalte mit besonders hohem monatlichen Nettoeinkommen.
2) Ohne eigengenutzte Betriebsgrundstücke und Gebäude; ohne Haushalte, die nur Teileigentum an Grundstücken haben.
3) Durchschnittswerte in den Klassen teilweise geschätzt.
4) Weitere Aufteilung liegt noch nicht vor.
Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichproben.

Der außerordentlich starke Zuwachs des gesamten Haus- und Grundvermögens (von 190 Mrd. DM auf 360 Mrd. DM) bereitet Interpretationsprobleme, weil in beiden Erhebungen nach dem Einheitswert zum Stichjahr 1964 gefragt worden war. Neubauten und Zubauten auf vorhandenen Grundstücken allein reichen als Erklärung für diese Steigerung nicht aus, zumal ein Teil der Neubildung von Grundvermögen durch Kauf und Erbschaft erfolgte. Vermutlich spielt auch hierbei die Untererfassung im Jahre 1973 eine Rolle²¹.

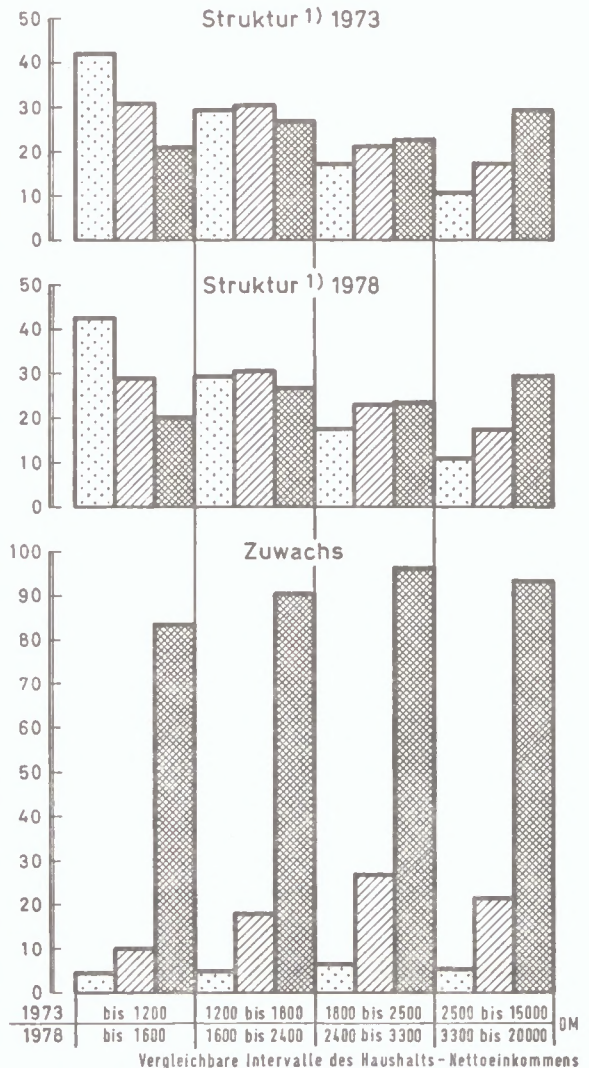
Zusammenfassung und Ausblick

Eines der wohnungspolitischen Ziele der Eigentumsförderung wird in einer breiteren Streuung des Haus- und Grundvermögens und einer besseren Versorgung der Familien gesehen. Die rasche Zunahme der Zahl der Grundeigentümer in den letzten Jahren deutet darauf hin, daß man auf diesem Wege vorangekommen ist, obwohl es zugleich Effekte gibt, die auf eine Konzentration des Vermögens hinwirken.

Wenn nur die Verteilung innerhalb der Grundeigentümer-Haushalte betrachtet wird, wirken die — Kumulation von Vermögensbeständen durch Zweiterwerb sowie

PRIVATE HAUSHALTE MIT HAUS- UND GRUNDBESITZ UND DEREN GRUNDVERMÖGEN

Struktur und Veränderung nach Einkommensintervallen
in vH



1) Anteil der Haushalte in den Einkommensintervallen bzw. Anteil des Grundvermögens dieser Haushalte an der Gesamtzahl bzw. dem Gesamtvermögen 1973 und 1978:

- Haushalte insgesamt (ohne Landwirte)
- Haushalte mit Haus- und Grundbesitz (ohne Landwirte)
- Grundvermögen (zu Einheitswerten von 1964)

DIW 81

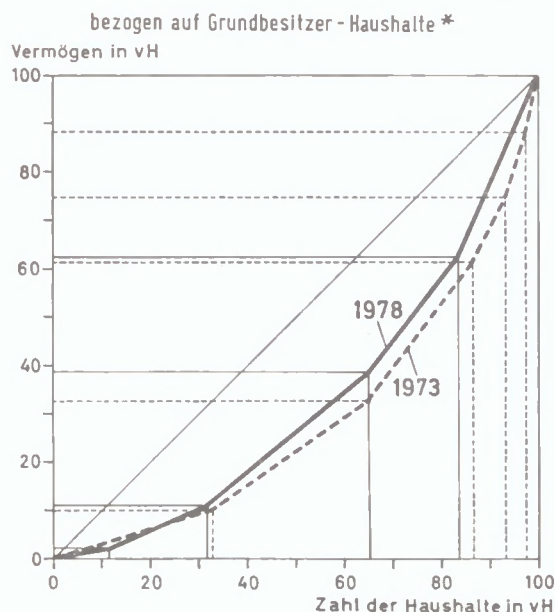
— die Wertsteigerung des vorhandenen Vermögens

²¹ Es könnte allerdings auch der Fall sein, daß 1978 ein größerer Teil der Haushalte nicht den effektiven Einheitswert, sondern den für die Steuerbemessung von Einfamilienhäusern ausschlaggebenden Wert (das 1,4-fache) angegeben hatte.

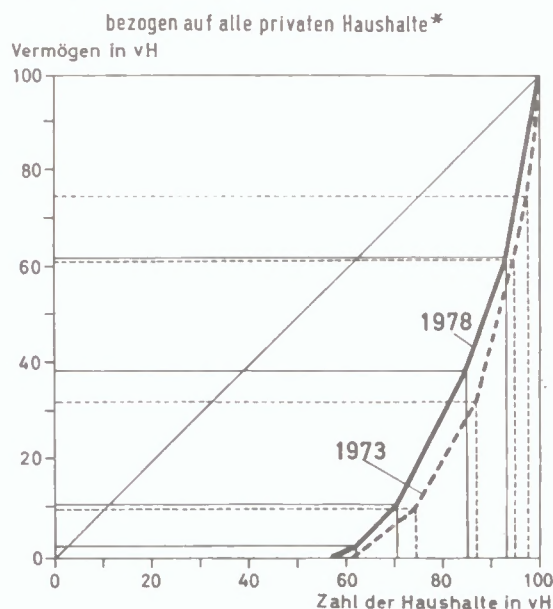
VERTEILUNG DES HAUS- UND GRUNDVERMÖGENS 1973 UND 1978

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Lorenz-Kurve nach steigenden Einheitswerten des Grundvermögens



* Ohne Landwirte



DIW 81

in Richtung auf eine Zunahme der Konzentration. Haushalte mit niedrigeren bis mittleren Einkommen sind beim Neuerwerb unterdurchschnittlich beteiligt.

Eine breitere Streuung des Haus- und Grundvermögens wird nur erreicht, wenn neue Haushalte als Ersterwerber hinzutreten. Unter den Haushalten, die von 1972 bis 1978 erstmals Wohnungseigentum oder Grundbesitz erworben haben, waren nur wenige junge Familien. Einem Großteil der Haushalte wurde der Ersterwerb zudem nicht durch die staatliche Förderung, sondern durch Erbschaft und Schenkung ermöglicht. Vieles spricht dafür, daß die unmittelbare Wirkung der staatlichen Eigentumsförderung auf die Vermögensverteilung geringer ist als diese längerfristig wirkenden mittelbaren Einflüsse, zumal die Zahl der Erbschafts- und Schenkungsfälle im Trend steigt.

Neben Erbschaften und Schenkungen haben auch die Verkäufe von Gebäuden erheblich zugenommen. Zusammengekommen erreichten die Erwerbsfälle an vorhandenen Gebäuden 1977 schon fast das Volumen des Neubaus von Wohngebäuden (90 000 Gebäude wechselten durch Erbschaft, ebensoviele durch Verkauf den Eigentümer). Dies ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil sich die Ausdehnung der Steuervergünstigung nach § 7 b auf Altbauten in den Querschnittserhebungen von 1978 noch kaum niedergeschlagen haben kann.

Die Eigentumsförderung bei Altbauten kann deshalb in ihrer vermögenspolitischen Wirkung noch nicht beurteilt werden. Vermutlich ist die Wohneigentumsquote seit 1978 beschleunigt gestiegen, zumal der Mietwohnungsbestand durch Umwandlungen abnimmt. Tendenziell bedeutet die Zunahme des Neuerwerbs eine breitere Streuung des Vermögens — die Schwelle für den Ersterwerb von Eigentum ist für viele Haushalte niedriger geworden. Infolge dieser Förderung sind aber die Preise kräftig gestiegen. Dies wirkt für sich genommen schon wieder in Richtung einer zunehmenden Konzentration, da sich die Verkehrswerte vorhandener Vermögen erhöhen. Damit werden Anreize geschaffen, Eigentum zum Zweck der Kapitalanlage zu erwerben, eventuell auch mit Blick auf eine spätere Wiederveräußerung.

Auch aufgrund dieser Überlegungen sollte die gegenwärtige Ausgestaltung der Eigentumsförderung überdacht werden. Unter dem Aspekt der Wohnungsversorgung müßten vor allem der Ersterwerb für Eigennutzung und die Neubautätigkeit begünstigt werden. Die Akzentverlagerung auf vermögenspolitische Ziele und die Modernisierungsförderung hat das ursprüngliche Motiv der Bauförderung zurücktreten lassen. **Dies birgt die Gefahr**, daß die Steuerausfälle wachsen werden, ein entsprechender Wohnungsneubau aber nicht erreicht wird.

Exportüberschuß steigt weiter

Zur Außenhandelsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 1981

Die reale Warenausfuhr nahm auch im dritten Quartal 1981 — von Saison- und Kalendereffekten bereinigt¹ — kräftig, um knapp 4 vH, zu. Bei anhaltend schwacher Konjunktur in den westlichen Industrieländern profitierten die deutschen Exporteure insbesondere von der verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit ihrer Erzeugnisse. Geringere Preissteigerungen als in den meisten OECD-Ländern spielten dabei ebenso eine Rolle wie die Abwertung der D-Mark vor allem gegenüber dem US-Dollar.

Die reale Einfuhr von Gütern war dagegen erneut rückläufig. Seit Jahresbeginn liegen die Bezüge deutlich unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Dies ist nicht nur Ausdruck der schwachen Binnenkonjunktur, sondern auch der — spiegelbildlich zum Wechselkurseffekt bei der Ausfuhr — verringerten Wettbewerbsfähigkeit der ausländischen Konkurrenz auf dem Binnenmarkt.

Der Überschuß im Warenverkehr hat preisbereinigt weiter kräftig zugenommen (um 3 Mrd. DM zu Preisen von 1970). In nominaler Rechnung war die Erhöhung — anders als in den Vorquartalen — ebenso hoch. Gestiegen ist im Vergleich zum Vorquartal der Ausgabenüberschuß in der Dienstleistungsbilanz, unverändert groß war er in der Übertragungsbilanz. Insgesamt war das Leistungsbilanzdefizit saisonbereinigt etwa so hoch wie im Vorquartal.

Exportausweitung auf breiter Basis

Alle wichtigen Exportbranchen zeigten im Berichtsquartal eine deutliche Zunahme der Lieferungen ins Ausland. Eine günstige Konstellation wichtiger Einflußfaktoren dürfte zu dieser Entwicklung beigetragen haben: Neben dem Wechselkurseffekt sind die flaue Binnenkonjunktur und die dabei überwiegend unterausgelasteten Fertigungskapazitäten zu nennen, die zu verstärkten Bemühungen um die Auslandsmärkte beigetragen haben dürften. Die gegenüber dem zweiten Quartal kräftige Beschleunigung der Ausfuhren von Verbrauchsgütern läßt vermuten, daß auch Vorzieheffekte ausländischer Kunden in Erwartung einer Verteuerung der Produkte durch eine Aufwertung der D-Mark, insbesondere auch innerhalb des Europäischen Währungssystems, eine Rolle gespielt haben. Dies dürfte besonders für die Ausfuhr kleinhubiger Personenkraftwagen und elektrotechnischer Gebrauchsgüter gegolten haben, welche nach dem Rückgang im zweiten Quartal nunmehr steil gestiegen ist. Schuhe, Textilien und Bekleidung wurden allerdings mit der gleichen geringen Stei-

gerungsrate, wie sie seit Frühjahr dieses Jahres zu beobachten war, exportiert.

Die Ausfuhren von Investitionsgütern expandierten mit einem im Vergleich zum Vorquartal unverminderten Tempo. Dazu trugen besonders Lastkraftwagen sowie Büromaschinen (einschließlich EDV-Anlagen) bei. Die Lieferungen von Maschinenbauerzeugnissen und elektrotechnischen Investitionsgütern haben weiter kräftig, wenn auch langsamer als im Vorquartal, zugenommen. Während dabei die Ausfuhren des Maschinenbaus bisher nicht nennenswert über das Niveau der entsprechenden Vorjahreszeit hinausgingen, war der reale Export von zu den Investitionsgütern zählenden Produkten des Straßenfahrzeugbaus und der Elektroindustrie wesentlich höher als im Vorjahr. Bei den kleineren Exportbranchen, nämlich der EBM-Industrie, der Feinmechanik und Optik sowie dem Textil- und Bekleidungsgeräte, hat sich das Expansionstempo gegenüber dem zweiten Quartal etwas verlangsamt.

Die Ausfuhren des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes sind ebenfalls kräftig gestiegen. Hier dürfte neben Vorzieheffekten von Bedeutung gewesen sein, daß sich im Ausland der Lagerabbau verlangsamt hat oder zum Stillstand gekommen ist. Insbesondere Eisen- und Stahlerzeugnisse, aber auch chemische Produkte wurden vermehrt ins Ausland geliefert.

Starke regionale Streuung des Ausfuhrzuwachses

Im Gegensatz zur Exportentwicklung nach Warengruppen war die Ausfuhr nach Ländern und Ländergruppen im Berichtsquartal sehr unterschiedlich. Der Verlauf der Ausfuhr zeigt, daß Nachfrageimpulse besonders aus Ländern mit gegenüber der D-Mark hoch bewerteten Währungen kamen: Zu erwähnen sind die USA, Großbritannien, Schweden, die Schweiz und Japan. Sehr stark blieb der Nachfragesog der OPEC-Länder. Dagegen sind die Ausfuhren in die Staatshandelsländer kräftig gesunken. Der seit Herbst 1980 anhaltende Rückgang der Lieferungen in die Sowjetunion hat sich noch beschleunigt. Auch nach Polen sind die Ausfuhren erneut geschrumpft; sie lagen im dritten Quartal um 15 vH unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. In die nicht Erdöl fördernden Entwicklungsländer haben die Exporte — ähnlich wie im zweiten Quartal — nur mit mäßigem Tempo zugenommen.

¹ Analysiert werden jeweils saison- und arbeitstäglich bereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung erfolgt nach dem Berliner Verfahren.

Außenbeitrag und Leistungsbilanzsaldo der Bundesrepublik Deutschland
In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	Ursprungswerte									Saison- ¹⁾ und arbeitstäglich bereinigte Werte								
	1979	1980	1980				1981			1980				1981				
			I	II	III	IV	I	II	III	I	II	III	IV	I	II	III		
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)																		
Ausfuhr	383,0	430,6	107,2	106,9	105,3	111,2	113,2	118,2	125,2	107,8	109,0	105,9	109,1	114,4	119,6	125,2		
Waren	307,3	343,2	86,9	85,6	81,3	89,4	89,7	95,5	97,3	86,8	86,1	84,3	87,0	90,2	95,3	99,8		
Dienste	75,7	87,4	20,3	21,3	24,0	21,8	23,5	22,7	27,9	21,0	22,9	21,6	22,1	24,2	24,3	25,4		
Einfuhr	369,7	433,7	106,2	107,2	111,2	109,1	115,5	117,2	128,1	107,7	108,5	107,1	111,2	117,0	118,5	123,5		
Waren	277,9	327,6	82,3	82,2	78,2	85,0	87,4	87,3	87,1	81,9	82,3	80,1	84,4	86,9	87,5	89,1		
Dienste	91,8	106,1	23,9	25,0	33,0	24,1	28,1	29,9	41,0	25,8	26,2	27,0	26,8	30,1	31,0	34,4		
Außenbeitrag	13,3	-3,1	1,0	-0,3	-5,9	2,1	-2,3	1,0	-2,9	0,1	0,5	-1,2	-2,1	-2,6	1,1	1,7		
Waren	29,4	15,6	4,6	3,4	3,1	4,4	2,3	8,2	10,2	4,9	3,8	4,2	2,6	3,3	7,8	10,7		
Dienste	-16,1	-18,7	-3,6	-3,7	-9,0	-2,3	-4,6	-7,2	-13,1	-4,8	-3,3	-5,4	-4,7	-5,9	-6,7	-9,0		
Übertragungen ²⁾	-23,8	-27,1	-6,7	-7,7	-6,1	-6,6	-7,2	-7,5	-7,7	-6,7	-7,7	-6,1	-6,6	-7,2	-7,5	-7,7		
Leistungsbilanz ³⁾	-10,5	-30,2	-5,7	-8,0	-12,0	-4,5	-9,5	-6,5	-10,6	-6,6	-7,2	-7,3	-8,7	-9,8	-6,4	-6,0		
Nachrichtlich: Leistungsbilanz in der Abgrenzung der Zahlungsbilanz ⁴⁾	-9,6	-29,8	-5,1	-7,2	-12,7	-4,8	-9,1	-5,3	-12,3	-6,0	-7,1	-7,4	-9,4	-9,8	-5,3	-6,0		
Veränderung ⁵⁾ in vH																		
Vorjahr									Vorquartal									
Ausfuhr	10,0	12,4	19,4	14,6	9,0	7,7	5,6	10,6	18,9	5,7	1,1	-2,8	3,0	4,9	4,5	4,7		
Waren	10,3	11,7	20,1	11,5	8,8	7,3	3,2	11,5	19,7	6,5	-0,8	-2,1	3,1	3,7	5,6	4,7		
Dienste	8,8	15,4	16,5	28,9	9,4	9,6	16,0	7,0	16,3	2,8	9,4	-4,5	2,6	9,3	0,2	4,5		
Einfuhr	18,9	17,3	29,9	18,6	12,3	10,7	8,7	9,3	15,2	6,4	0,8	-1,3	3,8	5,2	1,3	4,2		
Waren	20,7	17,9	31,4	20,6	11,4	10,4	6,2	6,2	11,8	6,6	0,6	-2,7	5,4	3,0	0,7	1,8		
Dienste	14,0	15,5	25,0	12,3	14,6	11,8	17,3	19,5	23,3	5,8	1,6	3,2	-0,8	12,3	2,9	11,0		
Zu Preisen von 1970 (Mrd. DM)																		
Ausfuhr	258,5	273,7	69,6	67,9	66,4	69,9	70,3	71,6	74,6	69,6	69,3	67,2	68,2	70,7	72,6	75,3		
Waren	212,2	223,6	57,7	55,6	52,7	57,7	57,1	59,2	59,5	57,4	56,1	55,0	55,7	57,2	59,4	61,7		
Dienste	46,3	50,1	11,9	12,3	13,7	12,2	13,2	12,4	15,1	12,2	13,2	12,2	12,5	13,5	13,2	13,6		
Einfuhr	242,7	256,8	63,7	63,4	65,9	63,9	64,1	64,1	67,9	64,7	64,3	63,9	64,1	65,6	65,1	65,9		
Waren	187,0	197,0	49,7	49,2	47,3	50,7	48,9	48,6	46,6	49,7	49,5	48,9	49,2	49,3	48,8	48,2		
Dienste	55,7	59,8	14,0	14,2	18,6	13,2	15,2	15,5	21,3	15,0	14,8	15,0	14,9	16,3	16,3	17,7		
Außenbeitrag	15,8	16,9	5,9	4,5	0,5	6,0	6,2	7,5	6,7	4,9	5,0	3,3	4,1	5,1	7,5	9,4		
Waren	25,2	26,6	8,0	6,4	5,4	7,0	8,2	10,6	12,9	7,7	6,6	6,1	6,5	7,9	10,6	13,5		
Dienste	-9,4	-9,7	-2,1	-1,9	-4,9	-1,0	-2,0	-3,1	-6,2	-2,8	-1,6	-2,8	-2,4	-2,8	-3,1	-4,1		
Veränderung ⁵⁾ in vH																		
Vorjahr									Vorquartal									
Ausfuhr	5,8	5,9	11,4	7,1	3,1	2,4	1,0	5,5	12,4	3,8	-0,5	-3,0	1,4	3,6	2,6	3,7		
Waren	6,5	5,4	12,1	4,4	3,2	2,1	-0,9	6,6	12,9	4,3	-2,3	-1,9	1,4	2,7	3,7	3,9		
Dienste	2,5	8,3	8,2	20,8	2,8	3,9	10,0	0,3	10,2	1,4	7,9	-7,4	1,9	7,9	-2,1	3,3		
Einfuhr	11,0	5,8	12,1	5,9	4,0	1,8	0,7	1,2	3,1	2,1	-0,7	-0,6	0,4	2,2	-0,8	1,2		
Waren	11,7	5,4	11,1	6,6	3,1	1,1	-1,6	-1,4	-1,5	1,4	-0,3	-1,3	0,7	0,1	-0,8	-1,2		
Dienste	8,7	7,3	15,8	3,4	6,4	4,4	9,0	10,2	14,5	4,2	-1,7	1,7	-0,5	9,3	-0,7	8,6		
Nachrichtlich: Terms of Trade ⁶⁾	97,4	93,2	92,4	93,1	93,9	93,2	89,5	90,4	88,9	92,8	93,4	94,2	91,9	90,6	90,7	89,1		
Veränderung in vH	-2,8	-4,4	-7,5	-4,4	-2,1	-3,2	-3,1	-2,9	-5,3	-2,3	0,6	0,9	-2,5	-1,4	0,2	-1,8		

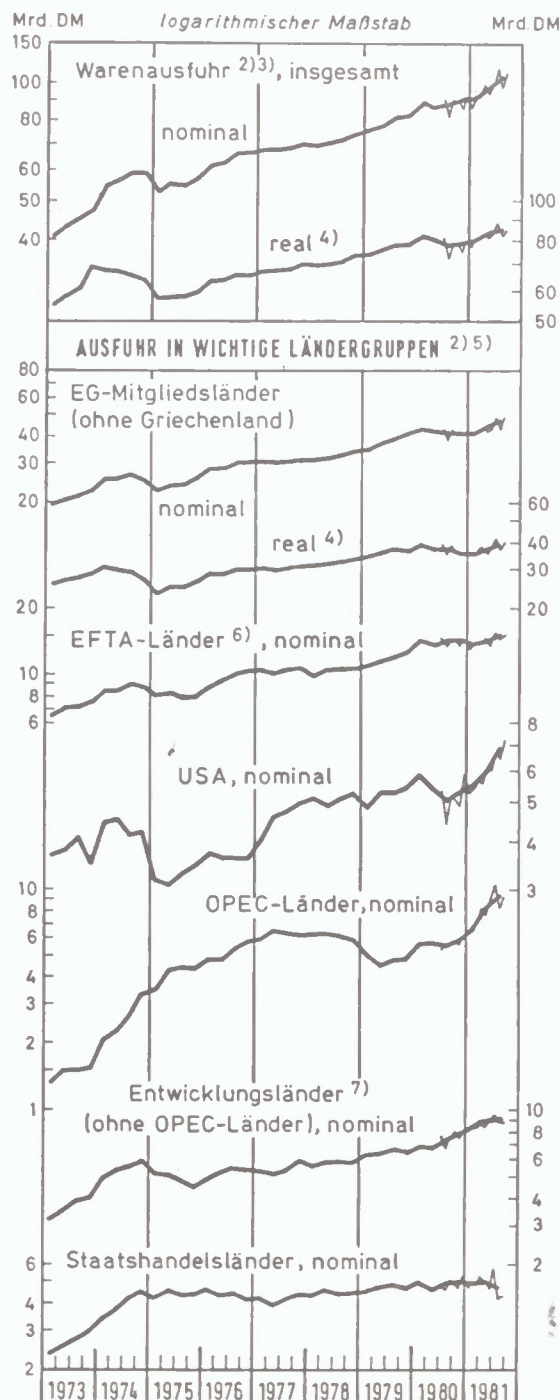
1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. - 2) Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben; nicht saisonbereinigt. - 3) Außenbeitrag und Saldo der Übertragungen (Finanzierungssaldo). - 4) Ohne Leistungsverkehr mit der DDR; Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank. - 5) Berechnet auf Basis ungerundeter Daten. - 6) Deflator der Ausfuhr in vH des Deflators der Einfuhr; Index (1970=100).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW.

Zur Ausfuhrentwicklung der Bundesrepublik Deutschland

saisonbereinigte Werte ¹⁾

— Vierteljahreswerte — Monatswerte



1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. —
2) Spezialhandel. — 3) Zusätzlich arbeitstäglich bereinigt. — 4) Zu Preisen von 1976. — 5) Ausfuhr nach Verbrauchsländern (Bestimmungsländern). — 6) Island, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz. —
7) In der Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes, d.h. ohne europäische Entwicklungsländer.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

DIW 61

Die Ausfuhren in die EG-Länder haben mit reichlich 7 vH ebenso rasch expandiert wie die gesamte nominale Ausfuhr. Bemerkenswert ist, daß sich gegenüber dem Vorquartal das Tempo nochmals beschleunigt hat. Dies war durch den kräftigen Anstieg der Lieferungen in die Niederlande, nach Großbritannien und Dänemark bedingt; fortgesetzt hat sich die schon zuvor rasche Expansion nach Frankreich und Belgien-Luxemburg. Die seit Herbst 1980 stagnierenden Lieferungen nach Italien haben im Berichtsquartal, trotz des weiterhin geltenden Bardépots, ebenfalls etwas zugenommen, real dürften sie auf dem Niveau des zweiten Quartals verharren haben.

Auch die regionalen Einfuhren sind von den unterschiedlichen Bewertungsniveaus der einzelnen Währungen gegenüber der D-Mark — allerdings mit umgekehrtem Effekt wie bei der Ausfuhr — beeinflusst worden. So stiegen die Einfuhren aus den USA langsamer als im Vorquartal; aus Schweden, Dänemark und Japan waren sie deutlich rückläufig. Das deutsche Defizit im Warenaustausch mit Japan wurde dabei vermindert. Lediglich die Importe aus Großbritannien haben kräftig zugenommen; dafür waren allerdings die Bezüge von Erdöl bestimmend. Großbritannien ist inzwischen (nach Saudi-Arabien) zum zweitwichtigsten Lieferland für Rohöl aufgerückt.

Erdölimporte erneut verringert

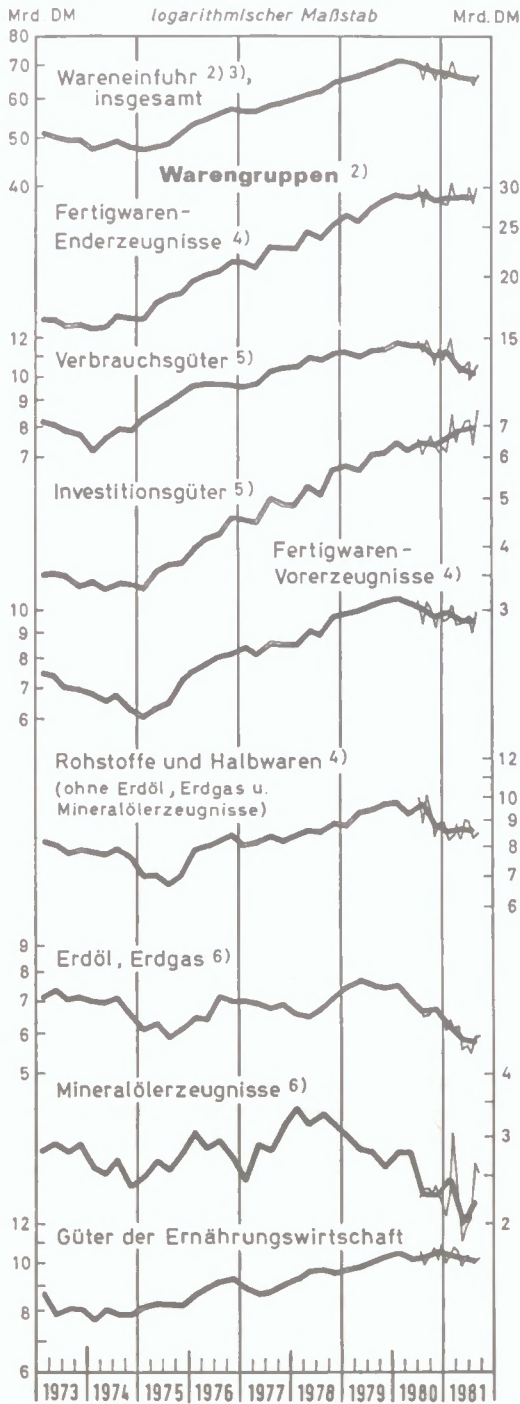
Die preisbereinigte Wareneinfuhr zeigte im dritten Quartal in den großen Gütergruppen überwiegend Stagnation; die Bezüge von Rohstoffen und Halbwaren gingen abermals kräftig zurück. Offensichtlich ist es hier zu einer Substitution bei der Einfuhr zwischen Rohöl und Mineralölerzeugnissen (hauptsächlich Heizöl und Benzin) gekommen. Die Bezüge von Mineralölerzeugnissen aus dem Ausland sind bei sinkender Rohöleinfuhr und eingeschränkter Erzeugung der inländischen Raffinerien kräftig gestiegen.

Bei den Einfuhren von Fertigwaren-Enderzeugnissen war die Entwicklung in den einzelnen Warengruppen unterschiedlich: Die Bezüge von Investitionsgütern nahmen noch geringfügig zu. Vermehrt importiert wurden hauptsächlich Lastkraftwagen und elektrotechnische Investitionsgüter. Dagegen sind die Einfuhren von Maschinenbauerzeugnissen sowie die von Büromaschinen geschrumpft. Erneut gesunken — wenn auch deutlich langsamer als im Vorquartal — sind die Bezüge von Verbrauchsgütern. Dabei hat der Rückgang der Importe von elektrotechnischen Erzeugnissen sowie die Stagnation der Bezüge von Schuhen, Textilien und Bekleidung den Verlauf bestimmt. Die Einfuhr von Personenkraftwagen hat sich leicht belebt.

Zur Einfuhrentwicklung der Bundesrepublik Deutschland

saison- und preisbereinigte Werte 1)

— Vierteljahreswerte — Monatswerte



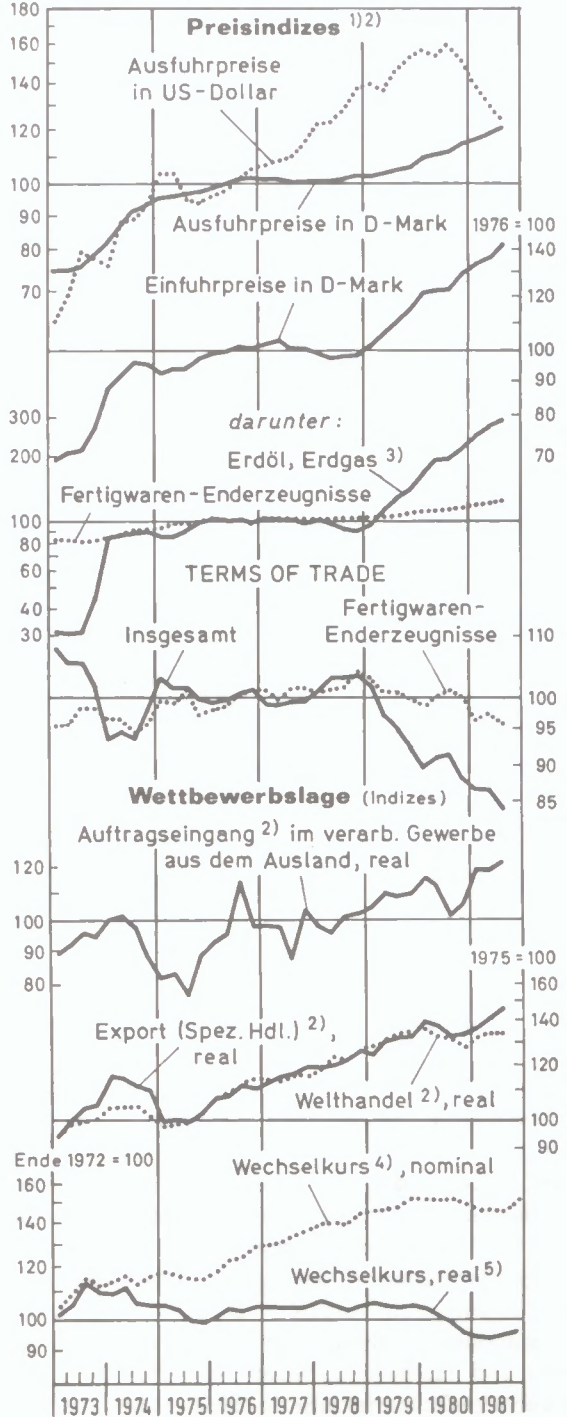
1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren; in Preisen von 1976. — 2) Spezialhandel. — 3) Zusätzlich arbeits-tätig bereinigt. — 4) Gegliedert nach dem Verarbeitungs-grad. — 5) Nach ihrer überwiegenden Verwendungsart aus-gewählte und abgegrenzte Waren, hauptsächlich Fertig-waren - Enderzeugnisse. — 6) Nach dem Warenverzeichnis der Industriestatistik abgegrenzte Erzeugnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

DIW 81

Preisentwicklung und Wettbewerbslage im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland

1976 = 100 logarithmischer Maßstab



1) Preise bei Lieferung (Durchschnittswerte). — 2) Saison-bereinigt nach dem Berliner Verfahren. — 3) Warenverzeichnis der Industriestatistik; nicht saisonbereinigt. — 4) Gewo-gener Index, 23 Industrieländer; IV/1981 geschätzt. — 5) DM-Außenwert bereinigt um das Konsumenten-Preis-gefälle (12 Industrieländer); III u. IV/1981 geschätzt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, United Nations, Berechnungen des DIW.

DIW 81

Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland
In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik
Mrd. DM

	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981 ¹⁾
Handelsbilanz										
Ausfuhr (Spezialhandel; fob)	149,0	178,4	230,6	221,6	256,7	273,6	284,9	314,5	350,3	394
Einfuhr (Spezialhandel; cif)	128,7	145,4	179,8	184,3	222,2	235,2	243,7	292,1	341,4	370
Saldo	+20,3	+33,0	+50,8	+37,3	+34,5	+38,4	+41,2	+22,4	+8,9	+24
davon:										
Erdöl, roh	-7,4	-9,1	-23,0	-19,7	-23,8	-23,5	-20,0	-29,9	-44,1	-50
Kraftstoffe, Schmieröle; Erdgas	-2,7	-5,2	-7,6	-9,2	-11,8	-11,9	-13,7	-19,5	-20,8	-25
Nahrungs-, Genuß- u. Futtermittel	-19,0	-20,0	-19,4	-20,7	-24,6	-25,6	-24,8	-24,2	-24,8	-25
Fertigwaren	+58,5	+76,7	+110,0	+95,3	+106,9	+112,1	+109,3	+109,7	+117,1	+133
Sonstige Warengruppen (einschl. Ergänzungen zum Warenverkehr)	-9,1	-9,4	-9,2	-8,4	-12,2	-12,7	-9,6	-13,7	-18,5	-9
Dienstleistungsbilanz										
Einnahmen	40,5	43,8	50,7	55,2	62,6	65,5	72,9	79,8	91,3	.
Ausgaben	43,6	48,8	58,8	63,5	69,2	76,3	80,3	91,3	106,0	.
Saldo	-3,1	-5,0	-8,1	-8,3	-6,6	-10,8	-7,4	-11,5	-14,7	-20
davon:										
Reiseverkehr	-8,6	-10,9	-12,4	-14,7	-14,6	-16,4	-19,0	-21,9	-25,8	-27
Kapitalerträge	+1,1	+1,6	-0,2	+2,4	+3,3	+0,4	+5,1	+4,5	+3,2	-4
Sonstige Dienstleistungen	+4,4	+4,3	+4,5	+4,0	+4,7	+5,2	+6,5	+5,9	+7,9	+11
Übertragungsbilanz										
Einnahmen	4,0	5,1	5,7	5,7	6,8	9,1	11,7	11,4	11,7	.
Ausgaben	18,0	20,7	21,8	23,6	24,7	27,3	29,1	32,1	35,7	.
Saldo	-14,0	-15,6	-16,1	-17,9	-17,9	-18,2	-17,4	-20,7	-24,0	-28
davon:										
Beiträge zum EG-Haushalt	-1,6 ²⁾	-2,3 ²⁾	-2,0 ²⁾	-3,5	-3,3	-3,7	-2,3	-4,1	-4,1	-7
Überweisungen ausl. Arbeitskräfte	-7,5	-8,2	-7,7	-7,4	-6,7	-6,1	-5,9	-6,5	-6,9	-8
Sonstige Übertragungen	-4,9	-5,1	-6,4	-7,0	-7,9	-8,4	-9,2	-10,1	-13,0	-13
Leistungsbilanz (Saldo)	+2,6	+12,3	+25,5	+9,9	+9,9	+9,5	+18,4	-9,6	-29,8	-24
1) Schätzung des DIW.- 2) Beiträge zum EG-Haushalt wegen anderer Abgrenzung mit den folgenden Jahren nicht exakt vergleichbar. Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank.										

Anhaltende Verteuerung der Einfuhr

Die Einfuhrpreise (Durchschnittswerte) sind im Berichtsquartal beschleunigt gestiegen; die Veränderungsrate betrug im Vorjahresvergleich knapp 17 vH, nach 11,5 vH im zweiten Vierteljahr. Damit hat die Verteuerung der Importe wieder eine ähnliche Größenordnung erreicht wie beim Einsetzen der zweiten Ölpreiskrise gegen Jahresende 1979. Dies ist vor allem Ausdruck der D-Mark-Schwäche: Am stärksten gestiegen sind die Preise für Rohstoffe und Halbwaren, wobei vor allem das überwiegend in Dollar fakturierte Erdöl sowie die Mineralölprodukte den Preisauftrieb bestimmten. Der Preis für eine Tonne importierten Rohöls war im dritten Quartal mit rund 648,— DM dreimal so hoch wie 1978 (212,— DM). Im gesamten Jahr 1978 mußte für importiertes Rohöl 20 Mrd. DM bezahlt werden; im Jahre 1981 werden es voraussichtlich 50 Mrd. DM

sein. Nach dem vorangegangenen Preisschub auf dem Weltmarkt hat im Jahre 1981 die Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar die Verteuerung bewirkt. Bei einer gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1978 unveränderten Austauschrelation zwischen D-Mark und US-Dollar (1978: 1 US-Dollar = 2,01 DM) wären in den drei Jahren von 1979 bis 1981 insgesamt 2,5 Mrd. DM mehr zu zahlen gewesen. Dies bedeutet, daß in den Jahren 1979/80 ohne die kräftige Höherbewertung der D-Mark gegenüber 1978 die Rohölrechnung um 7,5 Mrd. DM höher gewesen wäre, während 1981 rund 5 Mrd. DM weniger hätten aufgewendet werden müssen²⁾.

²⁾ Der mengenmäßigen Einsparung von importiertem Rohöl im Jahre 1981 gegenüber 1978 von rund 16 vH entspricht — zum durchschnittlichen DM-Rohölpreis pro Tonne im Jahre 1981 bewertet — eine Entlastung der Rohölrechnung in der Größenordnung von 10 Mrd. DM.

Die Ausfuhrpreise (Durchschnittswerte) wurden wiederum nur im Ausmaß der inländischen Preissteigerungen, wie sie vom Erzeugerpreisindex nachgewiesen werden, angehoben. Die Entwicklung der Ausfuhrpreise in US-Dollar läßt dabei erkennen (vgl. Schaubild), wie stark sich die deutschen Exporte in dieser Währung verbilligt haben: Die Verteuerung der Waren durch die Aufwertung der D-Mark von 1977 bis Ende 1980 ist in dem kurzen Zeitraum von Jahresbeginn bis Herbst 1981 rückgängig gemacht worden. Insgesamt war — in D-Mark gerechnet — der Preisanstieg bei den Exporten im dritten Quartal nur halb so kräftig wie bei den Importen, so daß sich die Terms of Trade erheblich verschlechtert haben.

Ausblick

Der reale Auftragseingang aus dem Ausland beim verarbeitenden Gewerbe ist im September/Okttober 1981 gegenüber den vorangegangenen beiden Monaten zwar zurückgegangen. Sein Niveau ist aber nach wie vor weitaus höher als ein Jahr zuvor. Preis- und saisonbereinigt entsprachen die Exporte im Oktober 1981 dem monatlichen Durchschnitt vom dritten Quartal. Im Preiswettbewerb ist bei der relativ mäßigen Aufwertung der D-Mark gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner und einem moderaten Anstieg der DM-Ausfuhrpreise keine fühlbare Verschlechterung eingetreten. Die konjunkturelle Situation in den westlichen Industrieländern

ist unverändert gedämpft. Bei alledem wird die reale Warenausfuhr im Jahresendquartal wohl auf dem im Berichtsquartal erreichten hohen Niveau stagnieren, d. h. um rund 9 vH höher sein als ein Jahr zuvor. Für das gesamte Jahr 1981 ist eine Zuwachsrate der realen Warenausfuhr von rund 6 vH wahrscheinlich.

Die Entwicklung der realen Wareneinfuhr wird nach wie vor von negativen Einflüssen, nämlich der abnehmenden Inlandsnachfrage und der eingeschränkten Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Anbieter, bestimmt. Die Impulse durch Lageraufstokungen werden gering bleiben. Somit dürften nicht nur die Bezüge von Rohstoffen, sondern auch die von Fertigwaren eher schrumpfen. Die reale Wareneinfuhr wird im vierten Quartal voraussichtlich um 2 vH und im Jahresdurchschnitt 1981 um etwa 4 vH abnehmen.

Der Überschuß im Warenverkehr wird im Jahresendquartal real weiter kräftig steigen. Die seit September zu beobachtende leichte Verbesserung der Terms of Trade wird indes dazu führen, daß sich der nominale Überschuß noch stärker erhöht. Tendenziell sinken werden die Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz; insbesondere im Reiseverkehr wirken die Einkommenseinbußen der privaten Haushalte bremsend. Insgesamt zeichnet sich damit für die Leistungsbilanz im Jahresendquartal saisonbereinigt erstmals wieder ein Ausgleich ab; der Saisonfigur für dieses Quartal entsprechend werden die Ursprungswerte wohl bereits einen Überschuß aufweisen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktreionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglich. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr. 129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR).** Eine Neuberechnung. Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr. 130 **Industrielle Stukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr. 131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr. 132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr. 133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr. 134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevalerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Wohneigentum und Verteilung des privaten Grundvermögens. Bearbeitet von Bernd Bartholmai. —

Exportüberschuß steigt weiter. Bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schafer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.